

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen),
Volker Beck (Köln), Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/13162 –**

Deutsch-russische Kooperation im Klimaschutz

Vorbemerkung der Fragesteller

Wenige Monate vor der für den weltweiten Klimaschutz zentralen UN-Klimakonferenz COP 15 in Kopenhagen (7. bis 18. Dezember 2009) gilt Russland als einer der schwierigsten und gleichzeitig wichtigsten Verhandlungspartner im Ringen um ein Post-2012-Klimaabkommen.

Russland hat sich zusammen mit den USA im Abschlussdokument des G8-Treffens in Heiligendamm im Juni 2008 lediglich dazu verpflichtet, mindestens eine Halbierung der globalen Treibhausgasemissionen bis 2050 „ernsthaft zu prüfen“ (seriously consider). Russland bekannte sich in Heiligendamm zusammen mit seinen G8-Partnern jedoch zu den Ergebnissen des vierten Berichts des Klimarates IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), wonach der Klimawandel hauptsächlich anthropogene Ursachen hat. Während der UN-Klimakonferenz COP 14 im Dezember 2008 erklärte die russische Regierung, sie strebe eine Stabilisierung der seit 1999 bis zur aktuellen Wirtschaftskrise wachsenden russischen Treibhausgasemissionen an. Mit Stand Anfang Mai 2009 hat die russische Regierung im Zuge der laufenden UNFCCC-Verhandlungen (UNFCCC = United Nations Framework Convention on Climate Change) und im Gegensatz zu anderen Staaten allerdings noch keine Emissionsziele für die Zeiträume bis 2020 und 2050 veröffentlicht.

Zwar liegen die russischen Treibhausgasemissionen durch den Zusammenbruch der hoch energieintensiven sowjetischen Schwerindustrie 2007 (ohne Emissionen der Wälder und durch Bodennutzung) um 34 Prozent unter denen von 1990. Russische unabhängige Experten prognostizieren derzeit für 2020 ein Emissionsniveau, das 25 Prozent unter dem Niveau von 1990 liegt. Doch die russische Wirtschaft zählt nach wie vor zu den energie- und CO₂-intensivsten der Welt. Nach Gazprom-Angaben (20. April 2009) könnten im Land mit einfachen Energieeffizienzmaßnahmen bis zu 100 Mrd. Kubikmeter Erdgas jährlich eingespart werden. Das entspräche der dreifachen Menge des in die Bundesrepublik Deutschland gelieferten russischen Gases. Zwar sank die Energieintensität der russischen Wirtschaft nach Weltbankangaben seit 1990 pro Jahr um 3,4 Prozent, jedoch erreichten die meisten anderen ehemaligen Sowjet-

republiken im gleichen Zeitraum jährliche Reduktionen von 6 bis 7 Prozent. Um 3,4 Prozent auch in Zukunft wenigstens halten zu können, müsse jetzt verstärkt die Politik aktiv werden, so die Weltbank.

Die globale Erwärmung wird in der russischen Öffentlichkeit nach wie vor kaum wahrgenommen. Erst sehr langsam verstärkt sich die Berichterstattung der Medien. Ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau haben die Themen Energieeffizienz, regenerative Energien und Klimaschutz in den vergangenen Monaten immerhin erhöhte politische Aufmerksamkeit erfahren. Regierungsziel ist es inzwischen, die Energieintensität der Wirtschaft bis 2020 um mindestens 40 Prozent zu verringern. Dafür erarbeiten Regierung und Duma derzeit einen Gesetzentwurf „Über die Energieeinsparung und die Erhöhung der Energieeffizienz“.

Eine erste Erneuerbare-Energien-Verordnung vom Januar 2009 soll den Anteil regenerativer Energien am Strommarkt von derzeit unter einem Prozent auf 4,5 Prozent bis 2020 anheben (ausgenommen große Wasserkraft). Allerdings erklärt Energieminister Sergej Schmatko, der Ausbau der regenerativen Energien habe innerhalb der russischen Regierung nur nachgeordnete Priorität.

Mit der Verkündung einer Klimadoktrin am 23. April 2009 unterstrich Premierminister Wladimir Putin zum ersten Mal die Notwendigkeit und den Regierungswillen nach einer aktiven russischen Klimapolitik. Damit ergeben sich jetzt unter Umständen auch für die deutsch-russische sowie die europäisch-russische Klimazusammenarbeit zusätzliche Möglichkeiten, die noch vor den entscheidenden UN-Klimaverhandlungen im Dezember 2009 neue Impulse für ein ausreichend ambitioniertes Post-2012-Klimaabkommen schaffen können.

Internationale Klimaverhandlungen

1. Wie schätzt die Bundesregierung die Rolle Russlands bei den aktuellen Klimaverhandlungen im Rahmen der UNFCCC, von G8, G20 und des Major Economies Forum ein?

Russland ist ein entscheidender Partner für den Klimaschutz, sowohl als einer der größten Emittenten von Treibhausgasen als auch als Konsument und Exporteur von fossilen Brennstoffen.

2. In welcher Größenordnung sollte die Begrenzung der russischen Treibhausgasemissionen bis 2020 (Basisjahr 1990) nach Auffassung der Bundesregierung liegen?

Russland ist Industrieland und hat im Rahmen des Kyoto-Protokolls eine quantifizierte Verpflichtung zur Emissionsbegrenzung übernommen (so genannter Annex-I-Staat). Die Bundesregierung und die EU vertreten die Auffassung, dass alle Industriestaaten im Rahmen eines Übereinkommens von Kopenhagen verbindliche quantifizierte Verpflichtungen zur Emissionsbeschränkung oder -reduzierung übernehmen sollten. Nach den im vierten Sachstandsbericht des IPCC enthaltenen Informationen sollten die Industrieländer ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 gemeinsam um 25 bis 40 Prozent gegenüber 1990 reduzieren, um das Ziel der Bundesregierung und der EU zu erreichen, den Anstieg der durchschnittlichen globalen Oberflächentemperatur im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf unter 2°C zu begrenzen. Die Bundesregierung und die EU sind der Auffassung, dass Industrieländer ihre Emissionen in einer Größenordnung reduzieren sollten, die mit dem Reduktionsziel der EU von minus 30 Prozent bis 2020 gegenüber dem Basisjahr 1990 vergleichbar ist.

3. Welche Haltung hat die Bundesregierung bezüglich der Anrechnung nicht genutzter russischer und ukrainischer Emissionsberechtigungen aus der laufenden Anrechnungsperiode für den Zeitraum ab 2012?

Die Überschüsse von Emissionsberechtigungen (AAU) aus Russland und der Ukraine werden im Kyoto-Verpflichtungszeitraum 2008 bis 2012 zusammen voraussichtlich mehr als 1,6 Milliarden t CO₂-Äquivalente pro Jahr betragen (UNFCCC-Daten). Die EU-Kommission berechnet, dass nach einem Aufkauf überschüssiger AAU durch andere Staaten (z. B. Japan und Kanada) noch 7,4 Milliarden t nach 2012 als Überschuss verbleiben, allein 5,5 Milliarden t davon aus Russland. Sollten diese Mengen und auch die AAU-Mengen von Transformationsländern auf ein zukünftiges Klimaabkommen zur Begrenzung der Treibhausgasemissionen für den Zeitraum 2012 bis 2020 anrechenbar sein, würden dadurch die Emissionsminderungen der Annex-1-Staaten um rund vier Prozent verringert werden.

Deutschland und die EU setzen sich mit Nachdruck dafür ein, dass in einem Abkommen in Kopenhagen das Ziel verankert wird, die Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur auf weniger als 2°C zu begrenzen. Der IPCC hat gezeigt, dass Industriestaaten ihre Gesamtemissionen um 25 bis 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 mindern müssten, um dieses Ziel zu erreichen. Die Überschussmengen aus AAUs wurden bislang nicht in den Berechnungen des IPCC berücksichtigt. Folglich wäre eine Emissionsminderung der Industrieländer um insgesamt 25 bis 40 Prozent dann nicht ausreichend, das 2°C-Ziel zu erreichen.

Die Bundesregierung hält es für zwingend erforderlich, ein zukünftiges globales Abkommen zur Emissionsbegrenzung so auszugestalten, dass nicht genutzte überschüssige AAUs die Klimaschutzziele nicht gefährden. Für die EU-Staaten, die gleichzeitig Transformationsstaaten sind, sind die überschüssigen AAU-Mengen bereits bei der Festlegung des EU-Klimaschutzziels berücksichtigt worden. Eine vergleichbare Berücksichtigung muss auch für Russland und die Ukraine angestrebt werden.

4. Sollte nach Auffassung der Bundesregierung Russland einen Anteil an den international notwendigen Mitteln zur Finanzierung von Anpassung und Technologietransfer in den Nicht-Annex-I-Ländern übernehmen, und wenn ja, in welchem Umfang?

Ein zentrales Thema der internationalen Klimaverhandlungen ist die Finanzierung von Anpassungs- und Minderungsmaßnahmen in Entwicklungsländern. Dabei sollen nach Auffassung der Bundesregierung alle – außer die ärmsten – Staaten entsprechend ihrem Wohlstand und ihrem Anteil an den Emissionen beitragen. Daher setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass auch Russland einen in diesem Sinne angemessenen Beitrag für Klimaschutzmaßnahmen entrichtet.

Russische Klimapolitik

5. Inwiefern bietet die im Januar 2009 verabschiedete russische Verordnung zur Förderung erneuerbarer Energien einen hinreichenden Rahmen, um zusätzliche Investitionen in regenerative Energien in ausreichender Größenordnung anzuregen?

Die Bundesregierung hat bisher nicht untersucht, ob die aktuellen gesetzlichen bzw. verordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen in Russland einen hinreichenden Anreiz für zusätzliche Investitionen in regenerative Energien in ausreichender Größenordnung bieten oder nicht. Für die Beantwortung dieser Frage

wäre die Durchführung einer wissenschaftlichen Untersuchung notwendig. Dies kann nicht im Rahmen der Beantwortung einer Kleinen Anfrage erfolgen.

- a) Inwieweit hat sich der russische Gesetzgeber am von der damaligen rot-grünen Bundesregierung auf den Weg gebrachten Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) orientiert?

Es liegen der Bundesregierung keine Informationen dazu vor, ob oder inwieweit sich der russische Verordnungsgeber am EEG orientiert hat.

- b) Welche neuen Investitionsmöglichkeiten sieht die Bundesregierung nach Inkrafttreten der Verordnung für deutsche Firmen im Bereich der erneuerbaren Energien in Russland?

Die Frage der verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien ist auf Intervention der deutschen Seite bereits mehrfach in der deutsch-russischen Arbeitsgruppe für strategische Fragen der Zusammenarbeit in Wirtschaft und Finanzen (SAG), zuletzt bei ihrer 25. Sitzung am 20./21. April 2009 in Berlin, erörtert worden, um eine engere Zusammenarbeit deutscher und russischer Firmen, insbesondere bei Anlagenlieferungen und Know-how-Transfer bis hin zu Investitionen auf den Weg zu bringen.

Bislang spielten erneuerbare Energien – von der Nutzung der Wasserkraft abgesehen – in Russland eine eher geringe Rolle. Es bleibt zu hoffen, dass durch die russische Verordnung zur Förderung erneuerbarer Energien vom Januar 2009 ein hinreichender Investitionsanreiz geschaffen wurde. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Russland auf Grund natürlicher und geographischer Gegebenheiten über ein erhebliches Potenzial zur breit gefächerten Anwendung erneuerbarer Energien verfügt, bestehen gute Voraussetzungen für deren Ausbau, auch unter Beteiligung deutscher Firmen. Hierfür können die bestehenden Verbindungen im Rahmen der SAG nutzbar gemacht werden.

Bilaterale Zusammenarbeit

6. Mit welchen russischen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen hat die Bundesregierung die vielversprechendsten und aktivsten Arbeitskontakte im Bereich Klimawandel, regenerative Energien und Energieeffizienz?

Die Bundesregierung arbeitet mit dem Ministerium für Naturre Ressourcen und Umwelt, dem Ministerium für Wirtschaft und dem Energieministerium der Russischen Föderation zusammen.

Die bisherige Kooperation mit der Behörde Rostechndasor u. a. zu Fragen von Umwelt und Energie muss nach den strukturellen Veränderungen in Russland im Jahr 2008 neu konzipiert werden.

Kooperationen auf regionaler Ebene bestehen in den genannten Bereichen vor allem mit den Gebieten Swerdlowsk und Krasnodar.

7. In welchen konkreten Projekten, Gesprächsforen sowie in welchem finanziellen Umfang engagiert sich die Bundesregierung, auch über die dena (Deutsche Energie-Agentur GmbH), derzeit in den Bereichen Erhöhung von Energieeffizienz und Förderung erneuerbarer Energien sowie Klimawandel allgemein in Russland?

Die Bundesregierung nutzt alle politischen Kontakte auf föderaler und regionaler Ebene, um auf die Notwendigkeit der Erhöhung von Energieeffizienz und

Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien hinzuweisen. Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Sigmar Gabriel hat im Juni 2008 in Moskau mit der Ministerin für wirtschaftliche Entwicklung und dem Minister für Natursressourcen und Umwelt verabredet, bei der Erhöhung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien in Russland zusammen zu arbeiten.

Mit dem Ministerpräsidenten der Region Swerdlowsk wurde im Juni 2008 vereinbart, diese als Beispielregion für deutsch-russische Zusammenarbeit mit dem Schwerpunkt Energieeffizienz zu entwickeln. Die Partnerschaft soll deutsche Erfahrungen vermitteln. Mit Unterstützung der dena ist die Durchführung von Pilotprojekten im Gebäudebereich und in der Industrie vorgesehen. Eine gemeinsame Internetplattform soll die Einrichtung eines Netzwerkes interessierter Unternehmen, wissenschaftlicher Einrichtungen und von Kommunalverwaltungen erleichtern. Auch die Weitergabe deutscher Erfahrungen bei der Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen für Energieeffizienzmaßnahmen ist vorgesehen. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, der Ost- und Mitteleuropaverein und die KfW Bankengruppe werden sich an der Partnerschaft beteiligen.

Im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) brachte die Bundesregierung 2008 in Russland erste Projekte auf den Weg. Russland ist eines der fünf Schwerpunktländer der IKI. Ein Beispielprojekt für die Anpassung an den Klimawandel sind der Erwerb einer Schutzkonzession für ein rund 400 000 Hektar großes Urwald-Gebiet und dessen nachhaltige Bewirtschaftung in der Bikin-Region (siehe auch Antwort zu Frage 21). Darüber hinaus ist die Unterstützung von Finanzierungsfazilitäten der European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) sowie der KfW Bankengruppe vorgesehen, beide Projekte stehen unmittelbar vor der Bewilligung. Diese Kreditmittel sollen in kleinen und mittelständischen Unternehmen Investitionen finanzieren, die dort die Energieeffizienz erhöhen und die erneuerbaren Energien ausbauen. Die dena wird im Rahmen eines Projekts der IKI beispielhaft Unterstützung bei der Erarbeitung eines Konzepts zur Energieversorgung der Olympischen Winter Spiele 2014 in Sotschi unter Einbeziehung von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Kraft-Wärme-Kopplung leisten.

Im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) werden die flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls, hier v. a. die projektbezogene Zusammenarbeit im Rahmen von Joint Implementation (JI) für die Verbesserung der Energieeffizienz genutzt. In Kooperation mit den föderalen und regionalen Behörden werden die Voraussetzungen für deutsch-russische JI-Projekte geschaffen. So erschien in Zusammenarbeit mit der dena ein JI-Handbuch für russische Unternehmen. Schwerpunktregionen für JI-Projekte insbesondere in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien sind die Gebiete Swerdlowsk und Krasnodar. Für die Region Krasnodar wurde ferner auf dortigen Wunsch ein Handbuch zur Identifizierung geeigneter technischer Standards in den Bereichen Solarenergie und oberflächennahe Geothermie von der dena entwickelt. Für die Region Ural hat die dena zudem die JI-Potenziale im Bereich Biomasse (Holz) untersucht. Die Regionen Murmansk, Altai und Nishni Nowgorod wurden durch das BMU bei der verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien beraten.

Die Unterarbeitsgruppe Energieeffizienz der SAG behandelt und plant unter Vorsitz der dena für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) gemeinsam mit dem russischen Energieministerium konkrete Kooperationsprojekte zum Thema Energieeffizienz in verschiedenen Regionen Russlands (zu den Projekten siehe Antwort zu Frage 18). Zudem hat das BMWi mit dem russischen Energieministerium den Kovorsitz der gemeinsamen thematischen Arbeitsgruppe zu Energieeffizienz des EU-Russland Energiedialogs inne.

8. Welche weiteren Initiativen sind geplant, und inwiefern sieht die Bundesregierung zusätzlichen Handlungsbedarf?

Die Bundesregierung wird insbesondere durch die klimapolitischen Herausforderungen alle Möglichkeiten der Vertiefung der Kooperation in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien nutzen. Für 2009 sind weitere Projekte im Rahmen der IKI angedacht.

9. Wie bewertet die Bundesregierung das diesbezügliche Engagement der mit deutscher Beteiligung operierenden Entwicklungsbanken Weltbank, Europäische Investitionsbank (EIB) und Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) in Russland?

Alle drei Entwicklungsbanken haben ihr Engagement in Russland im Energie- und Umweltbereich verstärkt. Die Bundesregierung setzt sich in den Gremien der Banken für eine entsprechende Beachtung ein.

Die EBWE ist eine strategisch wichtige Finanzinstitution für die Unterstützung des Transformationsprozesses insbesondere in der Russischen Föderation. In Folge der Auswirkungen der Finanzkrise hat sich der Stellenwert der EBWE weiter erhöht. Die beabsichtigte Kapazitätserhöhung soll dem Rechnung tragen. Mit der 2006 gestarteten Sustainable Energy Initiative ist der Fokus auf Energieeffizienz und erneuerbaren Energien fester Bestandteil des Kerngeschäfts der EBWE. Im Rahmen dieser Initiative unterstützt die EBWE u. a., dass Russland seinen Verpflichtungen beim Abbau von Treibhausgasemissionen im Rahmen des Kyoto-Protokolls nachkommt. Die EBWE unterzeichnete für dieses Projekt eine Kapitalbeteiligung von ca. 60 Mio. Euro 2008. Eine verbesserte Umweltleistung ist eine Voraussetzung für die EBWE, wenn sie die Entwicklung von Öl- und Gasfeldern finanziert. 2008 wurden ca. 1,8 Mrd. Euro Projektfinanzierungen in Russland zugesagt (davon ca. 800 Mio. Euro im Sektor „Infrastruktur und Energie“). Dies sind 37 Prozent des EBWE-Jahresgeschäftsvolumens.

Über ihren Anteil am Stammkapital der EBWE hinaus unterstützt die Bundesregierung im Rahmen der IKI konkrete Beratungsprojekte und Kreditfazilitäten der EBWE zur Förderung der Energieeffizienz in Russland.

Der Energie- und Umweltsektor ist auch für die EIB Förderschwerpunkt in Russland. Im Zeitraum 2007 bis 2013 stellt die EIB im Rahmen ihres so genannten Außenmandates ein Gesamtvolumen von 3,7 Mrd Euro für Projekte in Osteuropa, dem Südkaukasus und Russland zur Verfügung. Weiterhin stehen für den Zeitraum 2007 bis 2013 für die Finanzierung von Energieprojekten in Drittstaaten 3 Mrd. Euro über die „Fazilität für Nachhaltigkeit und Sicherheit der Energieversorgung“ bereit.

10. Wird sich die Bundesregierung in den Gremien der drei Banken dafür einsetzen, dass deren Engagement im Bereich Klimaschutz in Russland und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) verstärkt wird?

Siehe Antwort zu Frage 9.

11. Inwiefern kann sich die geplante russisch-deutsche Energieagentur RuDEA zu einem russischen Gegenstück zur dena entwickeln?
 - a) Wie genau sind Finanz- und Organisationsstruktur der RuDEA geregelt, und in welchen Schritten wird die Agentur aufgebaut?
 - b) An welchem Ort wird die RuDEA ihren Sitz haben, und mit wie vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern soll sie in der Anfangsphase arbeiten?

Die geplante RuDEA soll entsprechend dem erfolgreichen Modell der dena gegründet und aufgebaut werden. Die Beteiligung der dena als Mitgesellschafterin an der RuDEA soll dazu dienen, die Erfahrungen der dena unmittelbar in die RuDEA einzubringen und vergleichbare Standards sicher zu stellen. Dies liegt auch dem Wunsch der russischen Regierung nach Beteiligung der dena an der RuDEA zugrunde.

Die RuDEA soll als Gesellschaft nach russischem Recht gegründet werden mit Sitz in Moskau. Zurzeit werden die Fragen einer Beteiligung der dena an der zu gründenden RuDEA noch zwischen der deutschen und der russischen Seite verhandelt, es gibt insoweit noch keine Festlegungen.

Die Satzung der künftigen RuDEA, die auch Ziele und Gegenstand der Tätigkeit regelt, wird derzeit noch abgestimmt.

12. Was ist der Hintergrund der Entscheidung, laut den Berichten zufolge, dass die Förderung erneuerbarer Energien kein vorrangiger Schwerpunkt der RuDEA-Arbeit sein soll, sondern lediglich in Ergänzung zur Förderung der Energieeffizienz Modellvorhaben im Bereich regenerativer Energien geplant sind?

Siehe Antwort zu Frage 11.

13. Planen Bundesregierung oder dena, das Kooperationsmodell der RuDEA auch für die Zusammenarbeit mit anderen Staaten bei regenerativen Energien und Energieeffizienz vorbildhaft zu nutzen?

Weitere Kooperationen nach dem Modell der RuDEA sind derzeit nicht geplant.

14. Inwiefern sieht die Bundesregierung Möglichkeiten einer finanziellen Erweiterung der RuDEA durch eine Beteiligung von EBWE, EIB und Weltbank?

Die Möglichkeit einer finanziellen Erweiterung durch die Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten der angesprochenen Banken wird die Bundesregierung prüfen.

15. In welchen Projekten, mit welchen Partnerinnen und Partnern und in welchem finanziellen sowie personellen Umfang engagiert sich die deutsche Botschaft in Moskau im Klimaschutz?

An der Botschaft Moskau sind zwei Referenten und ein Sachbearbeiter mit Energie- und Klimafragen befasst. Sie widmen sich unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes vor allem Fragen der erneuerbaren Energien und der Energieeinsparung.

Klimaschutz ist ein Querschnittsthema, das sich auf verschiedene Bereiche der Botschaft bezieht. Eine wichtige Aufgabe der Botschaft ist die Erläuterung deutscher klimapolitischer Positionen gegenüber der russischen Regierung. Dafür steht sie in regelmäßigem Kontakt mit den zuständigen russischen Stellen. Die Botschaft bemüht sich auch, gegenüber der russischen Öffentlichkeit für die Notwendigkeit einer anspruchsvollen Klimapolitik zu werben. Dafür nutzt die Botschaft die Instrumente ihrer Öffentlichkeitsarbeit („Public Diplomacy“). Außerdem berichtet die Botschaft Moskau regelmäßig über russische Klimapolitik. Die Botschaft nimmt im Rahmen des sehr umfangreichen deutschen Besucherverkehrs mit Russland, vor allem auch aus den Bundesländern, bei der Programmgestaltung Einfluss auf eine angemessene Berücksichtigung klima- und energieeffizienzrelevanter Themen. Bei ihrer Außenwirtschaftsförderung unterstützt die Botschaft Moskau die Bestrebungen der deutschen Industrie, am russischen Markt mit der Umweltfreundlichkeit und der Energieeffizienz ihrer Produkte zu werben.

Ferner arbeiten Botschaft und Generalkonsulate in Russland eng mit der dena zusammen, um für energieeffiziente technische Lösungen, z. B. im Bereich der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft, zu werben.

16. Plant die Bundesregierung, das Engagement, eventuell auch in Kooperation mit den im Bereich Klimawandel sehr aktiven Botschaften Großbritanniens und Dänemarks, auszubauen?

Die Botschaft arbeitet mit den EU-Vertretungen in Moskau aktiv in klimapolitischen Fragen zusammen, insbesondere mit den Vertretungen der EU-Kommission, Großbritanniens und Schwedens. Dies schließt die Mitwirkung an gemeinschaftlicher Berichterstattung zur russischen Klimapolitik ein.

Zukünftig soll das Engagement intensiviert werden. Die deutsche Botschaft wird sich verstärkt mit der Rolle Russlands bei den internationalen Klimaverhandlungen und im Rahmen der G8-Treffen und der Treffen des „Major Economies Forum“ (MEF) befassen. Dabei wird es insbesondere auch darum gehen, die strategische Bedeutung der russischen Energie- und Klimapolitik und ihre Auswirkungen auf die allgemeinpolitischen Beziehungen zu Deutschland und der EU zu analysieren.

17. Inwieweit wird die Bundesregierung die Mitte Juli anstehenden deutsch-russischen Regierungskonsultationen nutzen, konkrete gemeinsame zusätzliche Projekte im Bereich Klimaschutz auf den Weg zu bringen?

Das BMU prüft gegenwärtig, ob Kreditverträge zum verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien und zur Erhöhung der Energieeffizienz anlässlich der Regierungskonsultationen am 16. Juli 2009 gezeichnet werden können.

18. Welche konkreten Themen und Projekte behandelt aktuell die Unterarbeitsgruppe Energieeffizienz im Rahmen der Deutsch-Russischen Arbeitsgruppe für strategische Fragen der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit, und welche Aktivitäten sieht die mittel- und langfristige Arbeitsplanung der Unterarbeitsgruppe vor?

Die Unterarbeitsgruppe Energieeffizienz der SAG behandelt und plant folgende Kooperationsthemen: (i) Schaffung gesetzlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien; (ii) Energieeffizienz auf der Nachfrageseite, insbesondere der Aufbau einer Modernisierungspartnerschaft mit dem Gebiet Swerdlowsk hinsichtlich Energieeffi-

izienz, erneuerbarer Energien, II sowie Wasser- und Abfallwirtschaft; (iii) erneuerbare Energien, insbesondere Umweltverbesserungen im Gebiet Rostow hinsichtlich Wärmepumpenanlagen in bisher mit Kohle betriebenen Heizhäusern; (iv) Information, Capacity Building und Ausbildung, insbesondere der Aufbau eines gemeinsamen Informationsportals für Energieeffizienz unter Beteiligung regionaler Informationszentren.

Aktuelle Pilotprojekte beinhalten die Erarbeitung eines Konzeptes zur Energieversorgung der Winterolympiade in Sotschi unter Einbeziehung von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Kraft-Wärme-Kopplung (siehe auch Antwort zu Frage 7); die energetische Sanierung eines Kinderkrankenhauses und eines Wohnblocks in Jekaterinburg/Gebiet Swerdlowsk; die von der Siemens AG in Kooperation mit der Stadt Jekaterinburg initiierte Identifizierung von Energieeffizienzpotentialen in allen Sektoren der Stadt Jekaterinburg; den Aufbau einer Kooperation in den Bereichen Windenergie und dezentrale Energieversorgung in Kamtschatka sowie den Aufbau und die Umsetzung eines deutsch-russischen Schulungs- und Ausbildungsprogramms in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Zukünftige Pilotprojekte sollen in den Bereichen kommunale Infrastruktur, Industrie und Gewerbe, Abfallverwertung sowie Biomassenutzung identifiziert werden.

19. Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, in das Dachthema des diesjährigen Petersburger Dialogs „Wege aus der Krise – deutsche und russische Herausforderungen“ den Austausch über grüne Investitions- und Antikrisenprogramme (Green New Deal) sowie eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich Klimawandel und saubere Entwicklung zu integrieren?
20. Mit welchen konkreten Ansätzen könnte diesem Thema nach Meinung der Bundesregierung im Petersburger Dialog höhere Aufmerksamkeit verschafft werden?

Als deutsch-russisches Gesprächsforum für die Zusammenarbeit zwischen den Zivilgesellschaften widmet sich der Petersburger Dialog auch wirtschafts- und gesellschaftspolitisch aktuellen Fragen und Herausforderungen. Im Rahmen von Plenarsitzungen und acht Arbeitsgruppensitzungen (u. a. Politik, Wirtschaft, Zukunftswerkstatt) werden Schlüsselthemen der deutsch-russischen Beziehungen erörtert und, wenn möglich, neue Initiativen angestoßen.

Die Bundesregierung misst einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich Klimawandel sehr große Bedeutung bei und unterstützt, soweit möglich, entsprechendes zivilgesellschaftliches Engagement.

21. Engagiert sich die Bundesregierung für den Erhalt der russischen Urwälder, und gegebenenfalls in welcher Form?

Traditionell gibt es enge Kontakte und eine gute bilaterale Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland auf dem Gebiet des Waldmonitorings, der Walderhaltung und der nachhaltigen Waldbewirtschaftung. Dabei stehen die besonderen Herausforderungen des Umgangs mit den ausgedehnten, aber schlecht erschlossenen Urwaldgebieten Russlands seit jeher im Vordergrund. Ein besonderes Problem dabei stellen die gewaltigen Waldbrände dar, die jedes Jahr auf natürliche Weise große Waldflächen verwüsten und somit zu erheblichen stofflichen Einträgen in die Atmosphäre führen. Deutschland fördert hier seit langem den wissenschaftlich-technischen Austausch. Dies erfolgt über die bilaterale Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), insbesondere über die Forschungskoooperation. Am Johann Heinrich-von-Thünen-Institut (vTI) ist auf

diese Weise die umfangreichste Datensammlung zu den russischen Wäldern außerhalb Russlands entstanden, die eine gute Bewertung der Waldverhältnisse erlaubt. Im Zuge des Reformprozesses für den Forstsektor, der in einigen russischen Regionen zu kritischen Situationen im Bezug auf die Übernutzung der Urwälder geführt hat, hat das BMELV die russische Regierung und die Duma daher auf Anfrage unterstützt zu Fragen der kontrollierten Privatisierung, der Forstorganisation und der Forstgesetzgebung im Lichte der Erfahrungen in Deutschland. Derzeit ist eine formale Vereinbarung zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forstwirtschaft zwischen dem BMELV und der Föderalen Forstagentur in Diskussion, die sich noch 2009 konkretisieren könnte. Auch in der langjährigen Zusammenarbeit zwischen dem BMU und dem russischen Ministerium für Naturressourcen und Umwelt im Bereich des Naturschutzes ist der Schutz der russischen Urwälder ein regelmäßiges Thema, zuletzt in der Sitzung der entsprechenden Arbeitsgruppe am 14./15. Mai 2009.

Das BMU führt im Rahmen der IKI ein Projekt im Urwald der Region Bikin durch, um den Wald langfristig vom konventionellen Holzeinschlag auszunehmen und so die in der Biomasse des Waldes natürlich gebundenen Kohlenstoffmengen zu erhalten. Der Schutz dieser Wälder durch den Erwerb einer speziellen Nutzungskonzession hat Pilotcharakter für Russland. Darüber hinaus ist es das erste waldbezogene Klimaschutzprojekt in Russland und dem temperierten und borealen Waldbereich, in dem großflächiger Waldschutz über die Generierung von Klimageldern durch den Verkauf von Zertifikaten finanziert werden könnte. Gleichzeitig sichert das Projekt die Lebensgrundlage der Ureinwohner.

22. Inwieweit ist die Bundesrepublik Deutschland nach Erkenntnissen der Bundesregierung durch den Import von Hölzern oder Holzprodukten für die Zerstörung der russischen Urwälder mitverantwortlich, und was unternimmt die Bundesregierung, um solche klimaschädlichen Importe in die Bundesrepublik Deutschland zu verhindern?

Die Verantwortung zur Durchsetzung nationalen Rechts, so auch zum Schutz und zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder, liegt grundsätzlich bei den russischen Stellen. Gleichwohl strebt die Bundesregierung ein vollständiges Unterbinden von Import und Handel mit illegal geschlagenem Holz in Deutschland an. Sie arbeitet zu diesem Zweck an dem EU-Kommissionsvorschlag zur sog. Verordnung zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung (FLEGT) konstruktiv mit. Der Verordnungsvorschlag sieht u. a. obligatorische Sorgfaltspflichten für alle Marktteilnehmer, die Holz erstmals in der EU in Verkehr bringen, regelmäßige Kontrollen durch die zuständigen Behörden, gegenseitigen Informationsaustausch der Mitgliedstaaten sowie einen Begleitausschuss zur Behandlung von Umsetzungsfragen vor. In den bilateralen Beziehungen wird seit Jahren auf die Notwendigkeit von Maßnahmen gegen den illegalen Holzeinschlag und auf die zusätzlichen Risiken aus der erfolgten Dezentralisierung der Zuständigkeiten für die Forstressourcen im Rahmen der Reform des Forstrechts hingewiesen. Die unter Frage 21 erwähnte Vereinbarung zwischen dem BMELV und dem russischen Landwirtschaftsministerium bzw. der Föderalen Forstagentur zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forstwirtschaft soll demzufolge auch die Unterstützung bei der Waldzertifizierung und bei Maßnahmen gegen den illegalen Holzeinschlag umfassen.

23. Welche Projekte russisch-deutscher Zusammenarbeit schätzt die Bundesregierung als besonders relevant ein, um die gemeinsamen Klimaschutzanstrengungen schnell auf eine neue Qualitätsstufe zu führen?

Modellcharakter könnte die Kooperation mit dem Gebiet Swerdlowsk erlangen. Auch die Finanzierungsfazilitäten im Rahmen der IKI werden als besonders relevant angesehen.

24. Inwieweit spielten die Themen Klimaschutz, internationale Klimaverhandlungen, Energieeffizienz und regenerative Energien sowie grüne Investitions- und Antikrisenprogramme (Green New Deal) beim EU-Russland-Gipfel am 21. und 22. Mai eine Rolle?

Das Thema Klimaschutz spielte in der Plenarsitzung des EU-Russland-Gipfels am 21. und 22. Mai 2009 eine besondere Rolle. Die EU betonte die Notwendigkeit, faire und umfassende Ergebnisse bei der Klimakonferenz in Kopenhagen zu erreichen. Der russische Präsident unterstrich, dass die EU und Russland gemeinsame Ziele in diesem Bereich anstrebten und äußerte die Hoffnung, positive Ergebnisse zu erreichen. Die EU begrüßte die russischen Zusagen zur Reduzierung der Energieintensität und zur Energieeffizienz und erklärte ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Russland in Bezug auf saubere Technologien im Energiebereich. Weitere Anstrengungen aller Länder zur Erreichung des globalen Klimaschutzziels sind notwendig.

25. Inwiefern spielt die Verstärkung des EU-Russland-Dialoges im Bereich Klimawandel eine Rolle bei den Verhandlungen für ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) mit Russland?

Die Verstärkung des EU-Russland-Dialogs im Bereich Klimawandel spiegelt sich in den Verhandlungen für ein neues PKA mit Russland dadurch wider, dass Energieeffizienz, die Entwicklung von erneuerbaren Energien, die Förderung eines hohen Niveaus von Umweltschutzmaßnahmen und nachhaltige Entwicklung, insbesondere im Energiesektor, Bestandteile des neuen Abkommens sein sollen.

26. Wird sich die Bundesregierung gegenüber den EU-Partnerinnen sowie der russischen Regierung für eine Aufwertung des Klimaschutzes in den bilateralen Gesprächen im Rahmen der vier Gemeinsamen Räume, neben dem ersten Raum für Wirtschaft und Umwelt insbesondere auch im dritten (Äußere Sicherheit) und vierten Raum (Forschung und Bildung), einsetzen?

Die Bundesregierung wird prüfen, in welchen Bereichen der Gemeinsamen Räume Äußere Sicherheit sowie Forschung und Bildung Ansatzpunkte für eine Aufwertung des Klimaschutzes bestehen. Die Gespräche im Rahmen der Unterarbeitsgruppe Klimaschutz des EU-Russland-Dialogs im Umweltbereich (im Gemeinsamen Wirtschaftsraum) werden fortgesetzt.

27. Sieht die Bundesregierung Bedarf, den Themen Energieeffizienz und regenerative Energien im Rahmen des EU-Russland-Energedialogs größere Aufmerksamkeit zu widmen?

Nein, Energieeffizienz ist bereits ein Schwerpunkt des EU-Russland-Energedialogs. In der thematischen Arbeitsgruppe Energieeffizienz werden im Rahmen des Arbeitsprogramms 2008/2009 folgende Themen behandelt: Gesetz-

gebung, Regulierung, Erfahrungsaustausch zur Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien, Investitionsanreize, Kooperation und Austausch auf regionaler Ebene, Nutzung der Kyoto-Mechanismen zur Einsparung von Primärenergie.

28. Wird sich die Bundesregierung für eine entsprechende Prioritätensetzung innerhalb der EU und gegenüber der russischen Regierung einsetzen?

Siehe Antwort zu Frage 27.

29. Wie bewertet die Bundesregierung die Potenziale und Chancen einer „EU-Russland-Partnerschaft für Klimaschutz und saubere Entwicklung“ nach dem Vorbild der Asia-Pacific Partnership for Clean Development and Climate?

Die Bundesregierung sieht zurzeit keinen Mehrwert einer solchen Partnerschaft gegenüber bereits existierenden Foren der Zusammenarbeit.

30. Wird die Bundesregierung die anstehenden Treffen der G8-Regierungen nutzen, neben dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs vom 8. bis 10. Juli auch das Treffen der G8-Energieminister am 24./25. Mai, um dabei bi- und multilateral mit den russischen Partnern den Dialog für ein aus Klimaschutzsicht ambitioniertes Post-2012-Abkommen zu suchen und zu verstärken?

Seit einigen Jahren ist Klimaschutz eines der regelmäßigen Themen auf der G8-Agenda. Die Bundesregierung nutzt alle Gelegenheiten, insbesondere auch die der G8, um mit Russland den Dialog für Klimaschutz zu suchen.

31. Inwieweit kann die im Oktober 2008 von russischer Regierung und Bundesregierung beschlossene bilaterale Pilotinitiative für mehr Energieeffizienz in Jekaterinburg auch in anderen russischen Metropolregionen Anwendung finden?

Der Pilotcharakter der bilateralen Initiative für mehr Energieeffizienz in Jekaterinburg kann zukünftig die Möglichkeit von Nachfolgeprojekten auch in anderen russischen Metropolregionen eröffnen.

- a) Plant die Bundesregierung zusammen mit russischen Partnern eine entsprechende Ausweitung dieses Pilotprojekts?

Bislang nicht.

- b) Welche quantifizierbaren Ergebnisse erwartet die Bundesregierung von der Initiative?

Für die sich derzeit noch in der Entwicklungsphase befindenden Pilotprojekte erwartet die Bundesregierung grundsätzlich eine Verbesserung der entsprechenden Energiebilanzen.

32. Sieht die Bundesregierung im Zuge der Veröffentlichung eines Entwurfes für eine russische Klimadoktrin am 23. April 2009 neue Möglichkeiten

deutsch-russischer und europäisch-russischer Zusammenarbeit im Bereich Klimaschutz?

a) Wenn ja, in welchen Bereichen?

Nach bislang vorliegenden Informationen erkennt der Entwurf für eine russische Klimadoktrin erstmals die Tatsache an, dass es sich beim Klimawandel um ein maßgeblich vom Menschen verursachtes Phänomen handelt. Zudem wird festgestellt, dass dieser Prozess auch mit weitreichenden negativen Folgen für Russland verbunden ist und Maßnahmen zur Emissionsminderung sowie zur Anpassung an den Klimawandel notwendig macht. Die Notwendigkeit zur internationalen Kooperation wird gesehen.

Dies ist aus Sicht der Bundesregierung zu begrüßen und spricht dafür, die Kooperation insbesondere zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energien zu vertiefen sowie den Dialog im Hinblick auf eine angemessene russische Minderungsverpflichtung für die Zeit nach 2012 intensiv weiterzuführen.

b) Steht die Bundesregierung diesbezüglich bereits in Gesprächen mit russischen Partnerinnen und Partnern?

Die russische Klimadoktrin fließt – wie alle Entwicklungen in Russland im Klimabereich – in die Gespräche der Bundesregierung mit der russischen Regierung sowie in die verschiedenen Dialog- und Kooperationsprozesse ein.

33. Inwieweit schätzt die Bundesregierung den bi- und multilateralen Dialog sowie die Zusammenarbeit mit Russland zur Einhaltung des 2-Grad-Zieles als ausreichend intensiv ein?

Die Bundesregierung und die EU stehen bereits in intensivem Dialog mit Russland. Das Thema wird sowohl im Rahmen der internationalen Verhandlungen (UNFCCC, G8, MEF, etc.) wie in bilateralen Kontakten thematisiert. Im Vorfeld der Verhandlungen zu Kopenhagen werden diese Dialoge nochmals intensiviert.

34. Plant die Bundesregierung, auch zusammen mit Partnerländern beispielsweise in der EU oder den USA, im Bereich Klimawandel die Einrichtung zusätzlicher hier noch nicht genannter Dialog- und Aktionsforen mit Russland?

Nein

